



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 22. Januar 2013

P121968

Radioaktive Schadstoffausbreitung in Fliessgewässern bei einem Extremereignis in einem schweizerischen Kernkraftwerk

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI.

Begründung

Das Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI will zwar bei Ereignissen in Kernanlagen mit radioaktiven Auswirkungen auf die Gewässer eine rasche Information der Kantone sicherstellen. Die Verantwortung für die weiteren Schritte sollen dann indessen insbesondere die Trinkwasserproduzenten tragen. Der Regierungsrat hält in seiner Stellungnahme an das ENSI demgegenüber fest, dass nach dem Verursacherprinzip die Verantwortung bei den Betreibern der Kernanlagen selbst bzw. beim ENSI und/oder bei der Nationalen Alarmzentrale NAZ liegt. Er fordert das ENSI auf, bei allen Betreibern ein umfassendes Alarm und Havariedispositiv zu verlangen, welches auch die Ausbreitung radioaktiver Stoffe über die Gewässer berücksichtigt.

